



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/50

Hannover, 29. April 1949

## "Gelbe" Tendenzen!

(sp) Als "gelb" bezeichnete man früher jene Arbeitnehmergruppen, die rechts von den Freien, Hirsch-Dunkerschen und den Christlichen Gewerkschaften stehend - in einer berufsständischen Ordnung ihre werkschaftlichen Ziele wirtschaftsfriedlich durchsetzen wollten. Selbst als letztes Kampfmittel lehnten diese Gruppen den Streik ab, ja gaben sich stets zum Streikbruch her. Der Führer der "Gelben", Rudolf Lebius, veröffentlichte 1908 in seinem Buche "Gelbe Gedanken" die Regeln für die Gründung von Werkvereinen: "Gelbe Vereine", schrieb Lebius offenherzig, "gründet man in der Regel nur in solchen Werken....., wo der Arbeitgeber deutlich zu erkennen gibt, dass er die Gründung eines gelben Vereins gern sehen würde." klarer konnte man die Abhängigkeit vom Unternehmer nicht formulieren. Sie standen in scharfer Kampfstellung gegenüber jeder Art von Gewerkschaftsbewegung und zogen das Odium einer Schutztruppe des Kapitals nicht zu Unrecht auf sich.

In den letzten Monaten konnte eine ganze Reihe von Versuchen beobachtet werden, die sämtlich darauf hinstreben, neben den und gegen die heute existierenden einheitlichen Gewerkschaftsbewegungen sog. "unabhängige" Arbeitnehmergruppen "gewerkschaftlich" zu organisieren. Bei einigen der nachfolgend aufgeführten Gruppen ist ihre Ähnlichkeit mit den "Gelben" von vor 1933 ins Auge fallend, bei anderen sind diese Tendenzen noch nicht immer klar zu durchschauen.

Der Bundesvorsteher Hans Sube des sog. "Deutschen Angestellten Bundes" (Sitz Hamburg) erklärte kürzlich, dass sein Bund "auf christlich-nationaler Ebene stehe und einen Gegenpol zu den Einheitsgewerkschaften darzustellen versuche". Auch haben sich diesem Bund angeblich Splitter des früheren "Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins" (DHY) als selbständige Sektion angeschlossen.

Im § 1 der Satzung des DAB heißt es, der DAB sei der Zusammenschluss der "deutschen christlich-nationalen Angestellten" und als seine Ziele erfahren wir aus dem § 12 "Verbot jener Gesellschafts-

29. April 1949

form, welche die Träger der Verantwortlichkeit nicht mit dem Risiko belasten, sondern ihm gestatten, auf die Kapitalgeber, die Arbeitnehmer oder auf die Allgemeinheit ihre Misserfolge abzuwälzen". Es ist ganz offensichtlich, dass damit alle Sozialisierungsbestrebungen torpediert werden sollen, indem man den "Trägern der Verantwortlichkeit" unterschiebt, dass sie kein Risiko zu tragen hätten. Zur Frage der Mitbestimmung heisst es; "Wo der Unternehmer die volle Haftung übernimmt, fordern wir die wirtschaftliche Mitbestimmung in dem Masse, als die Arbeitnehmer selbst Kapitalbesitzer (!) oder Anteilseigner (!) sind". Schliesslich soll der Bund "nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Angestellten-Berufe dienen, sondern sich gleichzeitig als Sammelbecken und Pflegestätte der auf dem Boden der nationalen...Kultur gewachsenen Gesinnungskräfte betrachten. -

In Bückeburg versucht ein Herr Unruh seit einigen Monaten, einen sog. "Unabhängigen Arbeitnehmer-Verband" ins Leben zu rufen. Er will "auf christlicher und sozialer Grundlage aufgebautes Bollwerk gegen die marxistischen Gewerkschaften" darstellen und versucht, vor allem unter den Flüchtlingen Fuss zu fassen. Angeblich hat Herr Unruh sowohl gute Verbindungen zum katholischen Unternehmerverband als auch zur christlichen Gewerkschafts-Internationale, insbesondere nach Luxemburg hin, von wo aus die Finanzen fliessen sollen.

In Essen-Kray hat sich ein "Verband evangelischer Arbeiter und Angestellte (evang. Gewerkschaft)" konstituiert und in Hamburg ein "Bund deutscher Kaufleute" als berufsständische Organisation von Kaufleuten und Kaufmannsgehilfen. Dieser "Bund" bezweckt "ein Zusammenwirken von selbständigen Kaufleuten und Kaufmannsgehilfen, weil innerhalb des Kaufmannsstandes...ein Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber vermieden werden müsse."

Natürlich dürfen die Beamten nicht fehlen und so wurde Ende Januar 1949 in Köln eine Zonenkonferenz der "Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund" mit einem Reg. Rat Schäfer, Köln, als Vorsitzendem, gegründet. Mit Losungen wie "Gegen das Parteibuch-Beamtentum - für das Berufs-Beamtentum" versucht diese "Gewerkschaft", die das Streikrecht generell ablehnt, besonders unter den höheren Beamten, Einfluss zu gewinnen. Da fast der grösste Teil aller Beamten den Gewerkschaftsbünden angehört, war es umso verwunderlicher, dass sich Dr. Pinder und der stellvertretende Kölner Bürgermeister Dr. Schwering (CDU) dazu hergaben, auf der öffentlichen Schlusskundgebung in Köln als Hauptredner aufzutreten. Auch der Abgeordnete Donsberger (CSU) hat bereits seit längerem den Versuch unternommen, die bayerischen Gewerkschaften zu spalten und einen eigenen "Bayerischen Beamten-Bund" ins Leben zu rufen.

In Hessen schliesslich wurde Ende des Jahres 1948 die Gründung eines "Zentralverbandes der Reichsbeamten" in das Vereinsregister

29. April 1949

eingetragen. Er erstrebt einen "Zusammenschluss aller Reichsbeamten der früheren Reichsministerien, der Dienstbereiche der ehemaligen Wehrmacht und der sonstigen Reichsbehörden, die durch den Zusammenbruch des Reiches ihre Dienstherren(!) verloren haben". Der Verband setzt sich zum Ziel, diese Reichsbeamten in den öffentlichen Dienst "wieder einzugliedern" und ihre "Versorgungsansprüche" zu sichern. Diese Gründung in Hessen liess den gleichen Kreis "ehemaliger Beamten aufgelöster Reichsbehörden" in der britischen Zone nicht ruhen, der in diesen Tagen in Köln unter dem Vorsitz eines ehemaligen Oberfeldzahlmeisters Jungscholz eine ähnliche Gründung vornahm. Das Schwergewicht dieser Institutionen liegt offenbar bei ehemaligen Wehrmachtbeamten.

Es ist offensichtlich, dass der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Böcher und seine Gesinnungskollegen in den heutigen Einheitsgewerkschaften es völlig ehrlich mit ihren wiederholten Erklärungen meinen, wenn sie sich gegen jeden Versuch, die heutigen Gewerkschaften zu spalten, wenden. Nichtsdestoweniger steht eindeutig fest, daß CDU-Politiker die einheitliche und geschlossene Gewerkschaftsbewegung lieber heute als morgen zum Teufel wünschen. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, die Fäden, die von den oben genannten Gruppen und Gruppen zur CDU/CSU gesponnen werden, sorgfältig zu beobachten. N.

#### Russlandheimkehrer - gesünder

(30) Der allgemeine Zustand der zuletzt heimgekehrten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ist zweifelsohne besser geworden.

Welches sind die Gründe hierfür? Eine Verbesserung der Lebensbedingungen ist seit März 1947 nicht erfolgt. Die Arbeitsnormen sind eher noch heraufgeschraubt worden. Dazu muss folgendes festgestellt werden:

1. Die Heimkehrer, die in diesem Jahr entlassen wurden, kamen alle aus dem europäischen Russland. Diese Lager waren seit jeher besser eingerichtet, versorgt und geleitet als die Lager im asiatischen Russland und im Kaukasus. - 2. Es wurden in der Masse nur Leute der Arbeitskategorie 1 und 2, sowie Bestarbeiter und Aktivisten entlassen. Kranke und Schwache wurden bewusst von diesen Transporten ausgeschlossen oder nur vereinzelt in Transporten beigegeben. - 3. Die Männer waren fast ausschliesslich in ihrem Beruf tätig oder hatten sich zu Spezialisten herausgebildet, verdienten Rubel und konnten sich somit Lebensmittel kaufen. - 4. Sie waren auf Grund ihrer körperlichen Verfassung von vornherein die anpassungsfähigsten Kriegsgefangenen und andererseits brachten sie den stärksten Willen zur Selbsterhaltung auf. Durch ihre Nützlichkeit fanden sie oft Gelegenheit zum "Organisieren und Kompensieren", sie waren sich durchaus bewusst, Kopf und Kräfte dabei zu riskieren. Aber sie hielten sich dadurch bei Kräften.

In diesem Zusammenhang muss übrigens immer wieder darauf hingewiesen werden, dass 30% der Heimkehrer beim Einschleusen in die britische Zone infolge von sog. Verschleisserkrankungen auf Grund übergrosser Anstrengungen und jahrelanger Entbehrungen in Krankenhausbehandlung gebracht werden mussten. (r/BL/274/1/hc)

Amerikanische Gewerkschaftsprobleme

Von Gerhart H. Seger, New York

Zum ersten Male seit dem Ende des Krieges gibt es in den Vereinigten Staaten keine allgemeine "Runde" von Lohnerhöhungen. Die Preise sind etwas zurückgegangen, wenn auch noch nicht so viel, dass der hohe Standard während des Krieges für die Arbeiter erreicht worden wäre; die Lohnerhöhungen, die es bislang jedes Jahr gegeben hat, sind, wie in anderen Ländern, hinter der erst kürzlich angehaltenen Preissteigerung zurückgeblieben.

In den Industrien, deren Tarifverträge in diesem Jahr ablaufen, haben die Gewerkschaften die Forderungen nach anderen sozialen Errungenschaften gegenüber den Lohnerhöhungen in den Vordergrund gerückt. Solche Forderungen richten sich in erster Linie auf Verlängerung des Urlaubs und auf die Errichtung von Wohlfahrtsfonds. Der Bergarbeiterverband hat schon im vorigen Jahre einen solchen Wohlfahrtsfonds durchgesetzt, aus dem Alterspensionen gezahlt werden, Witwengelder und Zuschüsse für ärztliche Behandlung und Erholungsurlaube. Der Fonds wird durch einen Beitrag von zehn Cents pro geförderte Tonne Kohle durch die Industrie finanziert und gemeinsam verwaltet. Andere Gewerkschaften, z.B. der Automobilarbeiterverband mit über einer Million Mitgliedern, erstreben eine ähnliche Einrichtung. Diese Forderungen sind umso wichtiger, als es öffentliche Krankenkassen nicht gibt. Unfall- und Altersversicherungen stehen erst am Anfang ihrer Entwicklung.

Für den europäischen Beobachter muss die amerikanische Gewerkschaftsbewegung ein verwirrendes Bild bieten. Man kennt ausserhalb Amerikas die beiden grossen führenden Spitzenverbände, die "American Federation of Labor", hauptsächlich Berufsverbände, und den "Congress of Industrial Organizations", im wesentlichen Industrieverbände. Daneben gibt es aber nicht nur die Eisenbahnergewerkschaften, die keinem der beiden grossen Verbände angeschlossen sind, sondern auch noch eine Anzahl anderer unabhängiger Gewerkschaften. Dazu gehört auch der Bergarbeiterverband mit dem Vorsitzenden John L. Lewis. Ursprünglich der "AFL" angehörend, hatte Lewis mit seinem Verbandsmitgliedern die Industriearbeiterbewegung der "CIO" gegründet; dann war er mit den Bergarbeitern eine Zeitlang zur "AFL" zurückgekehrt und hat sich nun wieder von ihr getrennt. Politisch ein Republikaner, hat Lewis Versuche unternommen, in andere Berufe einzudringen, und als ersten Schritt dazu hat er eine Unterorganisation des Bergarbeiterverbandes geschaffen, die er mit dem nichtsagenden "Distrikt Nr. 50" belegt hat, und in der er von Briefträgern bis zu Chauffeuren alles zu organisieren versucht, wessen er heftig werden kann.

Vor kurzem hat John L. Lewis mit dieser Organisation eine erste Kraftprobe unternommen, die gescheitert ist: er hat einen Streik der Taxi-Chauffeure in New York inszeniert. Aber es stellte sich heraus,

dass nur eine kleine Minderheit der rund 11.000 Taxi-Chauffeure in New York seiner Parole folgte. Der "Distrikt Nr. 50" wird von dem Bruder von John, Denny Lewis, geleitet. Dieser versicherte, den Taxi-Chauffeuren, dass der Bergarbeiterverband mit seiner stattlichen Kasse von 14.000.000 Dollar hinter ihnen stehen würde - aber da blieb er auch stehen. Es wurde nicht ein Cent Streikunterstützung gezahlt. Nach wenigen Tagen brach der Streik zusammen. Für den "Distrikt Nr. 50" war das ohne so empfindliche Niederlage, dass die Mischmaschorganisation vermutlich keine grossen Eroberungen machen wird.

Präsident Truman hatte seinen überraschenden Wahlsieg vom November u.a. der von ihm vertretenen Forderung auf Widerruf des gewerkschaftsfeindlichen Arbeitsrechtsgesetzes zu verdanken. Gleich nach dem Zusammentritt des neuen, 81. Kongresses, brachte die Demokratische Partei einen Gesetzentwurf ein, der den "Taft-Hartley-Akt" aufheben und ihn wieder durch den liberaleren "Wagner-Akt" von 1935 ersetzen soll. Der Kongress hat nun mehr als drei Monate getagt, und die Regierungsvorlage ist noch nicht einmal von den Ausschüssen ans Plenum gegangen. Um die Situation zu komplizieren, hat die wieder in Erscheinung getretene reaktionäre Koalition von Demokraten der Südstaaten, die sehr konservativ sind, und von Republikanern einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der in einigen Punkten den "Taft-Hartley-Akt" etwas revidiert, aber die wesentlichen gewerkschaftlichen Bestimmungen bestehen lässt.

Da bei der politisch neutralen Haltung der Gewerkschaften ausgesprochene Arbeitervertreter im Kongress nicht zu finden sind, sondern die Gewerkschaften sich auf die liberaleren Abgeordneten unter den Demokraten und Republikanern verlassen, besteht auch keine geschäftsordnungsmässige Möglichkeit, die beschleunigte Beratung der Widerruf-Vorlage zu erzwingen. Es kommt hinzu, dass die aussenpolitischen und als dringlicher angesehenen Vorlagen über Marshall-Plan, Atlantik-Pakt, Aussenhandel usw. die Tagesordnung beider Häuser auf Monate hinaus in Anspruch nehmen werden, so dass die Arbeitsrechtsvorlagen frühestens kurz vor Ende der am 31. Juli ablaufenden Session drankommen, wenn sie nicht auf eine Sondertagung des Kongresses im Herbst verschoben werden. Trotz seines Wahlsieges reicht die Autorität des Präsidenten Truman nicht aus, den konservativen Flügel seiner Partei für die Erfüllung aller Teile seines Wahlprogramms zu mobilisieren.

## Forderungen zum Berufsschulwesen

Von Willi Henkel, Leiter der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer  
Lehrer

Für 90% der deutschen Jugend stellt die Berufsschule die einzige Möglichkeit einer öffentlichen Schularziehung nach dem 14. Lebensjahr dar. Die in die Berufsschuljahre fallende Pubertät der heutigen Jugend vollzieht sich in einer tiefgehend verwandelten und erschütterten sozialen Umwelt. Entwurzelung und drohende oder schon eingetretene Verwahrlosung der heranwachsenden Generation erfordern heute die Aufbietung aller Möglichkeiten, der Jugend durch die Berufsschule eine Erziehung im tiefsten Sinne des Wortes zu widmen.

Die oberste Pflicht der Berufsschule kann nicht darin bestehen, berufliche Fachbildung zu vermitteln. Sie liegt vielmehr darin beschlossen, den ganzen Menschen zu formen. Die erzieherische Gesamtaufgabe der Berufsschule kann man (begrifflich) in drei Hauptgebiete zerlegen, die sich ergeben aus: der Begegnung mit der Kultur - dem Beruf- und den sozialen Gemeinschaften und dem Staat.

Bei der Erfüllung dieser drei Aufgaben, die sich gegenseitig durchdringen, wirkt die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten mit der Förderung der eigenen geistigen Tätigkeit und der Reifung der Urteilskraft, mit der Vertiefung und Läuterung der sittlichen Kräfte und des Willens und mit der Erweckung und Stärkung der sozialen und staatsbürgerlichen Verantwortung, untrennbar zusammen. Dass die Berufsschule im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Höchstmass an beruflicher Ausbildung der Jugend zu erzielen hat, ist im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands, in der verlorene materielle Werte durch Intelligenz, fachliches Können und Berufsethos wettgemacht werden müssen, dringender als je. Eine Berufsschule jedoch, die sich auf fachliche Ausbildung beschränken würde (oder müsste, wie es heute noch weitgehend der Fall ist) wird ihrer wahren Aufgabe nicht gerecht.

Von wenigen glücklichen Ausnahmen abgesehen sind die heutigen Berufsschulen unterentwickelt und unzureichend. Es fehlt an Schulstunden, Planstellen, Schulräumen, Schulausstattungen und Lehrmitteln. Es fehlt aber auch an der Würdigung und Förderung der Berufsschularbeit durch Parlamente, Landesregierungen und Schulträger.

Angesichts der pädagogischen Zielsetzung und der tatsächlichen Lage des Berufsschulwesens ergeben sich neben anderen die folgenden Forderungen:

Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur pflichtmässigen Einrichtung von Berufsschulen. - Steigerung der Pflichtstundenzahl auf 8 bis 12 wöchentlich - Ausdehnung der dreijährigen Berufsschulpflicht auf alle Jugendlichen (auch für die Landwirtschaft) - staatsbürgerliche Erziehung (nicht nur Staatsbürgerkunde), sowie Wirtschafts- und Kulturkunde müssen gleichberechtigt neben der Fachbildung stehen. -

Beschaffung von Pflanzstellen, Schulräumen, Schulausstattungen und Lehrmitteln. - Durchführung der Lernfreiheit in den Berufsschulen. - Stärkere Unterstützung der Schulträger durch Bereitstellung ausreichender Landesmittel. - Neuformung der Berufsschul-Lehrerbildung unter stärkerer Berücksichtigung des Erziehungszieles der Berufsschule. - Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten über die Berufsbildung zum Hochschulstudium, Zurückweisung der immer stärker werdenden Ansprüche der Kirchen auf Religionsunterricht und konfessionelle Erziehung in der Berufsschule.

#### Kunstraub im Osten

(sp) Kürzlich wurde von einer Ausstellung von Kunstwerken in Moskau berichtet, die aus ehemaligen deutschen Sammlungen stammten. Von einem Kenner der Verhältnisse wird dazu folgendes berichtet:

Bereits 1945 tauchten russische "Kunst-Kommissionen" in der sowjetischen Zone Deutschlands auf, die die Aufgabe hatten, die vorhandenen Kunstgegenstände zu "registrieren". In Sachsen wurden die Kunstwerke in einer Kaserne in Köckern zusammengebracht, wo sie von der Kommission auf ihren Wert überprüft wurden. Im Schloss von Rochlitz z.B. war bereits ein Teil der dort lagernden Gemälde von russischen Truppen weggeschleppt worden. Deutsche Museumsbeamte hatten keinen Zutritt zu den Kunstwerken. Die bekannte Klinger'sche "Kreuzigung", ein Riesengemälde, das in einer Kirche ausgelagert war, wurde z.B. als Fussunterlage von einer russischen Einheit benutzt. Ein anderes grosses Gemälde von Greiner, "Odysseus und die Sirenen", benutzten russische Truppen als Wagenplane.

Kunstwerke von hohem internationalen Wert, darunter "Der Mohr" von Frans Hals, sowie die französischen Impressionisten Renoir, Pissarro, sowie Sisley, Böcklin und Thoma wurden von den Russen beschlagnahmt. Dagegen konnten einige Kunstwerke, z.B. von Liebermann, Meunier und Rodin der Beschlagnahme entgehen, da sie sich auf Ausstellungen befanden. Plastiken, die nicht ausgelagert waren, wurden von den Russen entsprechend dem Katalog verlangt, so z.B. "Der Täufer" von Rodin, Werke von Maillol, Trubetzkoi, Canova sowie einige griechische Originale. Allein in Leipzig sind 250 Bilder, Skulpturen und Bücher von den Russen beschlagnahmt worden, obwohl von deutscher Seite mit allen Mitteln versucht worden ist, z.B. durch neue Auslagerungen, Ausstellungen etc. zu verhindern, dass deutscher Kunstbesitz nach Russland verschleppt wird. (m/th/284/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau